

ANSGAR VÖSSING

## **Vom Moderator zum Mediator - ein Nachruf**

**Erschienen in:**

Nationalpark-Jahrbuch Unteres Odertal (3), 132-134

Wollten früher vielleicht einmal kleine Jungen Polizist oder Pilot werden, so dürften sich nun die vorpubertären Berufswünsche unserer Kleinen auf ein neues Ziel richten: Mediator, das ist der neue Traumberuf. Er bringt Ansehen, Einfluss und Einnahmen. Aber was ist ein Mediator? Er heißt nicht deswegen so, weil er sich ins Medium, also zwischen alle Stühle setzt, auch nicht, weil er in medias res geht, also die zu lösenden Probleme beherzt anpackt, sondern er ist eigentlich der Nachfolger des besser bekannten Moderators, eine Begrifflichkeit, die vielleicht manchem zu moderat erschien und deswegen im Medienzeitalter in einen Mediator verwandelt wurde. So weit, so gut. Ein Mediator soll also konträre Positionen zusammenbringen, für Ausgleich und Frieden sorgen. Das ist an sich nichts Schlechtes. „Selig sind, die Frieden stiften“, so heißt es schon in der Bergpredigt des Matthäus-Evangeliums, und dem ist nichts hinzuzufügen. Schön ist es in der Tat, wenn man dabei hilft, dass das zusammenwächst, was zusammengehört. Manchmal fehlt für einen solchen Prozess nur der Katalysator, und den bereitzustellen ist sicher des Schweißes der Edelsten wert.

Was aber, wenn in Sachfragen fundamental entgegengesetzte Interessen vorliegen? Um im Unteren Odertal zu bleiben, die einen wollen einen anerkannten Nationalpark nach der IUCN-Kategorie II, die anderen wollen genau das eben nicht, es soll alles so bleiben, wie es ist. Beide Positionen sind zunächst einmal legitim. Was also soll der arme Mediator ausrichten? Er kann ein auf den ersten Blick salomonisches Urteil fällen und das in Frage stehende Gebiet teilen. Im Unteren Odertal ist das schon mit Verabschiedung des Nationalparkgesetzes 1995 passiert. 50 Prozent des rund 10.000 Hektar großen Nationalparks sollen als Wildnisgebiet ausgewiesen, 50 Prozent extensiv bewirtschaftet werden. Zur Befriedung der Situation hat die scheinbare Durchschlagung des Gordischen Knotens nicht beigetragen. Die Besitzstandswahrer wollen nach wie vor keine Veränderungen. Was also macht der Moderator, der heute Mediator heißt? Er erscheint in Gestalt des damals neuen Präsidenten des Bundesamtes für Naturschutz (BfN). Kaum ins Amt gehoben, bereist er das Untere Odertal und vertritt nicht, wie es eigentlich seines Amtes wäre, sachlich und auf Fakten gestützt die Position des Naturschutzes, sondern gibt sich unabhängig und überparteilich, kurzum als Moderator. Mit einer schnellen Handbewegung ist der Zuwendungsbescheid seines Vorgängers im Amte, der genau festlegt, wie sich das vom Bund hoch geförderte Gebiet naturschutzfachlich entwickeln soll, vom Tisch gefegt. Da der Wind sich in den letzten Jahren gedreht hat und dem Naturschutz ins Gesicht bläst, orientiert sich Vogtmann an der neuen Windrichtung und unterstützt die landwirtschaftliche Lobby. Zu einer Befriedung der Situation führt der Blitzbesuch des Präsidenten nicht, und die von ihm hinterlassene Spur der Verwirrung und Verwüstung wird nur dadurch rasch verwischt, dass er seitdem vor Ort nicht mehr gesehen wurde.

Aber damit ist im Unteren Odertal noch längst nicht ausmoderiert. Nun wird ein kommerzielles Unternehmen damit beauftragt. Im Pflege- und Entwicklungsplan von 1999 ist die Fischereikonzeption nur in groben Zügen umrissen, also beauftragt das Land Brandenburg für diesen Sektor ein Mediationsunternehmen. Das müht sich redlich in zahlreichen langwierigen Sitzungen um ein Ergebnis. Jeder macht, was er will, keiner macht, was er soll, aber alle machen mit. Jeder wird gebraucht und sei es als abschreckendes Beispiel. Das Ergebnis dieser langwierigen und sündhaft teuren Mediation war abzusehen: Es gibt keins. Die einen wollen fischen und angeln, wie bisher nach Herzenslust und ohne Einschränkungen, die anderen wollen entsprechend den Richtlinien eines Nationalparks Fischerei und Angelei zeitlich und örtlich begrenzen. Ein Mediationsverfahren ist da von vornherein erkennbar aussichtslos, auch im Lande des größten deutschen Mediators und ehemaligen brandenburgischen Ministerpräsidenten, Manfred Stolpe. Hier sind mutige, verantwortungsvolle und weitsichtige politische Entscheidungen gefragt, unter Umständen auch gegen Stimmungen und Mehrheiten. Das Gemeinwohl ist mehr als die Summe der Einzelwünsche. Was kann man seinem Feind Schlimmeres wünschen als „Gott bestrafe dich durch die Erfüllung deiner Wünsche“. Das klingt zwar arrogant, heißt aber, dass zu einer verantwortungsvollen Politik mehr gehört, als die aktuellen Einzelwünsche lautstarker Lobbyisten zu summieren und zu erfüllen.

Politische Führung ohne Rücksicht auf tagespolitische Meinungen und Mehrheiten ist auch in der Demokratie möglich. Die Demokratie ist die Herrschaft des Volkes als Souverän in der res publica, der öffentlichen Angelegenheit. Aber keineswegs alle Lebensbereiche eignen sich für eine demokratische Führung, weder eine Kompanie noch ein Unternehmen lassen sich bekanntlich demokratisch führen, auch keine militärische oder medizinische Operation. Wo Spitzenleistungen gefragt sind, bringt Demokratie nur Durchschnittliches, weder eine Theaterinszenierung noch ein Forschungsprojekt funktionieren, wenn alle Beteiligten die gleiche Entscheidungskompetenz für sich in Anspruch nehmen. Über die Demokratie als Bauherr ist viel gelästert worden. Herrschaft des Volkes in politischen Dingen heißt auch nicht, dass jede tagespolitische Entscheidung von einer Mehrheit der Wähler gebilligt werden muss, obwohl die gegenwärtige Diktatur der Demoskopie uns das glauben machen möchte. Demoskopie ist nicht Demokratie. Herrschaft des Volkes heißt, dass das Volk als Souverän auf Zeit Macht verleiht, abgerechnet wird zum Schluss in Soll und Haben. Der politisch verantwortlich Handelnde orientiert sich am Gemeinwohl und ist dabei nur seinem Gewissen verantwortlich. Dazu gehört auch der Mut, sich am Ende der Legislaturperiode abwählen zu lassen, wenn man zwar dem Wohl der Menschen, aber nicht dem Willen der Mehrheit gedient hat. Es gibt auch eine Diktatur der Meinungsmehrheit.

Vornehmste Aufgabe des Politikers ist es, den Schwachen zu helfen, die sich nicht selbst artikulieren können, denen, die in der Bibel als Witwen und Waisen bezeichnet werden. Nicht der Politiker ist am meisten zu rühmen, der am längsten im Amt gesessen, sondern der am meisten weitsichtig und nachhaltig für das Gemeinwohl getan hat, auch gegen Widerstände und den Willen der Mehrheit.

Das enthebt einen aber nicht der Notwendigkeit, unermüdlich für seine, als richtig erkannte Politik um Unterstützung zu werben. Politik ist also nicht nur die möglichst effektive, nach Applaus heischende Umsetzung von Lobbyistenwünschen. Der Nationalparkstreit ist da nur eine winzige Facette, die aber die politische Schwäche unseres gegenwärtigen Politikverständnisses recht deutlich spiegelt.

Der Nationalpark Unteres Odertal ist selbstverständlich ein Kind der Demokratie, ebenso wie das Naturschutzgroßprojekt, beschlossen von einer Bundes- bzw. Landesregierung, die von stabilen Mehrheiten im Parlament gewählt und kontrolliert wurden. Alle wohlfeilen Vorwürfe, ein solch anspruchsvolles Naturschutzvorhaben sei demokratiefeindlich, laufen ins Leere, auch wenn nicht jeder der sich anschließenden Schritte zur Verwirklichung des einmal beschlossenen Nationalparks auf die ungeteilte Zustimmung regionaler Politiker trifft.

Es war eine geradezu visionär zu nennende Weitsicht des seinerzeitigen brandenburgischen Umweltministers Matthias Platzeck, der mit dem Naturschutzgroßprojekt, sei es nun bewusst oder unbewusst, den Flächenerwerb und den Pflege- und Entwicklungsplan nicht staatlichen Stellen, sondern einem privatrechtlichen Förderverein und später einer bürgerlich-rechtlichen Stiftung übertrug, um dieses ambitionierte Naturschutzprojekt dem tagespolitischen Zugriff zu entziehen. Dem Gemeinwohl dienende Langzeitvorhaben mit einem klaren Auftrag und einer Anschubfinanzierung von einem im guten wie im schlechten populistischen Politikbetrieb abzukoppeln, ist eine mutige Entscheidung, gerade für Politiker, die stets die Macht in den Händen behalten wollen und um ihren Einfluss fürchten. Aber nur so lassen sich Langzeitvorhaben unbelastet von den wechselnden und widerstreitenden Wünschen der Regionalpolitiker zum Erfolg führen.

Nun aber scheint die Zeit der Moderatoren und Mediatoren vorbei zu sein, die Jahre der Konfrontation und Stagnation haben keine Seite wirklich befriedigt und viele Chancen für die Region ungenutzt gelassen. Im Lande Brandenburg hat es in den letzten zwölf Monaten praktisch bei allen für den Nationalpark bisher zuständigen Institutionen einen Personalwechsel gegeben, vom Minister über den zuständigen Staatssekretär und den Abteilungsleiter im Ministerium sowie im Landesumweltamt bis zum Leiter der Nationalparkverwaltung. Das bietet die Chance für einen neuen Anfang durch vertrauensvolle, direkte Verhandlungen und zu einem langfristig verlässlichen und tragfähigen Ergebnis, das sowohl einem international anerkannten Nationalpark als auch den besonderen Bedingungen vor Ort gerecht wird.

Das im Herbst 2006 beschlossene neue Brandenburgische Nationalparkgesetz kann die berechtigten Erwartungen des Naturschutzes nicht erfüllen, aber es lässt Freiräume für ein zivilrechtliches Arrangement zwischen einem dem Naturschutz verpflichteten Grundeigentümer und den Nutzern.

Anschrift des Verfassers:

DR. ANSGAR VÖSSING

Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks

Unteres Odertal e. V., Schloss Criewen

16303 Schwedt / Oder

Nationalparkverein@Unteres-Odertal.info